

Peter Dettelmann

Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie e.V.,

Landesverband Baden-Württemberg

Mittwoch, 15. Februar 2017, 10:00 Uhr | Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

**Chemie- und
Pharmastandort
Baden-Württemberg**

die chemische und pharmazeutische Industrie in Baden-Württemberg ist im Land die drittgrößte Industriebranche.

Sie ist mit der gesamten Industrie die Basis für die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs. Sie bietet gute und überdurchschnittlich bezahlte Arbeitsplätze. Dies gilt es zu erhalten – auch und besonders für die Produktionsstandorte.

Für uns ist das Bekenntnis zum Industrieland Baden-Württemberg selbstverständlich. Und Forderungen nach Verbesserungen sind hier kein Widerspruch, sondern ebenfalls selbstverständlich – nur wenn wir besser werden, entwickeln wir uns vorwärts. Daher haben wir – bei allen positiven Standortfaktoren – einige Forderungen an die Politik:

- Der komplexe Bereich der Industrieanlagenzulassung und der Erteilung von Herstellungserlaubnissen muss als wichtiger Faktor für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg erkannt werden.
- Genehmigungsverfahren müssen weiter vereinfacht und beschleunigt werden. Gerade für die mittelständische Industrie ist das ein wichtiger Wettbewerbsfaktor!

- Dazu gehört: Bei den zuständigen Behörden müssen genügend kompetente Fachleute für schnelle Entscheidungen vorhanden und auch ansprechbar sein.

Die aktuelle Situation zeigt, dass das Land hier auf dem richtigen Weg ist: Wichtige Genehmigungsverfahren sind bei den Regierungspräsidien konzentriert – das fördert das richtige Know-How an einer Stelle. Was unsere Unternehmen bereits positiv festgestellt haben: Sachbearbeiter können sich spezialisieren und so besser auf die Unternehmen eingehen. Nicht nur aus unserer Sicht ist damit ein guter Schritt hin zu einem Ausgleich zwischen den Zielen „Schutz der Umwelt“ und „bessere Rahmenbedingungen für Unternehmen“ erreicht worden.

Die hohe Priorität, die Genehmigungsverfahren inzwischen genießen und die gute Einarbeitung der neuen Beamten – all das sind Zeichen, die deutlich machen, dass der eingeschlagene Weg der richtige ist.

**Auslandsmärkte:
Brexit und USA**

Eine hohe Standortqualität zu schaffen und zu erhalten ist auch mit Blick auf die Exportorientierung unserer Branche besonders wichtig. Lassen Sie mich daher einen Blick auf die Brexit-Entscheidung der Briten und die neue Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika werfen. Was haben wir hier für die chemische und pharmazeutische Industrie im Land zu erwarten?

Zu den Fakten: Die Auslandsumsätze der baden-württembergischen Chemie mit Großbritannien betragen 2015 etwa 3,6 Milliarden Euro. Der Löwenanteil davon mit 2,1 Milliarden Euro sind Arzneimittel und pharmazeutische Produkte.

Daneben spielt die Spezialchemie eine wichtige Rolle. Die Umsätze mit den USA betragen mehr als 2,9 Milliarden Euro. Auch hier sind die Pharmaumsätze mit 1,6 Milliarden Euro der größte Anteil. Damit ist klar: Diese Märkte sind von existenzieller Bedeutung für uns, da der Anteil der Pharmaindustrie an Baden-Württembergs Chemie mit 35 Prozent sehr hoch ist.

Wie wird es weitergehen mit Großbritannien und den USA? Beim Brexit müssen wir abwarten, wie die Verhandlungen von Großbritannien mit der EU ausgehen werden. Das Weißbuch der britischen Regierung liegt jetzt ja dazu vor.

Lassen Sie mich hier kurz auf einige Details eingehen:

- Wir erwarten einen deutlichen Rückgang der Pharma- und Chemie-Exporte nach Großbritannien. Hinzu kommt die Abwertung des Pfundes. Die Ausfuhren werden im zweistelligen Prozentbereich zurückgehen.
- Wann oder ob ein Freihandelsabkommen mit der EU oder ein Beitritt zum EWR kommen wird, ist nicht sicher. Deutsche Unternehmen werden voraussichtlich in Großbritannien mittelfristig weniger investieren, langfristig sogar Kapital abziehen.

Als Export-Land innerhalb der Exportnation Deutschland werden wir uns also mit dem Brexit schwer tun.

Auch die USA sind für die deutsche chemische Industrie ein besonderer Markt. Nicht nur das Handelsvolumen mit den USA ist groß. Dort sind auch mehr als 130 Tochterunternehmen mit fast 71.000 Mitarbeitern tätig.

Sie erwirtschafteten zuletzt einen Umsatz von etwa 61 Milliarden Euro – und produzieren überwiegend für den nordamerikanischen Markt und für die NAFTA-Zone.

Derzeit spüren wir bei Unternehmen, die einen hohen Umsatzanteil in den USA machen, eine deutliche Skepsis. Im Moment laufen die Geschäfte gut. Ob sie aber auch zukünftig noch liefern dürfen oder zu akzeptablen Konditionen liefern können, ist nicht absehbar. Allerdings sind die Wirtschaftsbeziehungen oder bilaterale Abkommen anders als Einreisebestimmungen nicht kurzfristig mit einem Federstrich oder einem Dekret des Präsidenten zu ändern.

In diesen Zusammenhang passt das Thema TTIP. Auch wir als chemische Industrie haben uns vehement für den Freihandel eingesetzt. Wir brauchen ihn. Er ist für die Exportnation Deutschland unverzichtbar – im Übrigen auch für ein Land wie die USA.

**Energiepolitik:
Neue Finanzierung nötig**

Lassen Sie mich auf ein weiteres, sehr wichtiges Thema kommen. Ein Thema mit Licht und Schatten: Die Energiewende.

Wir als chemische und pharmazeutische Industrie in Baden-Württemberg stehen klar hinter einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Energiewende. Wir gestalten sie in diesem Sinne aktiv mit.

So gehören unsere Chemieunternehmen zu den Entwicklern all jener Lösungen, die wir für eine zukunftsfähige – sprich: CO₂-arme – Energieversorgung brauchen. Ohne Innovationen aus der Chemie könnten die Anforderungen an immer effizientere Windkraftblätter oder Solarzellen gar nicht erfüllt werden. So liefert die Chemie zum Beispiel Harze, Beschichtungen oder Carbonfasern für Windkraftanlagen.

Und sie erprobt völlig neue Technologien, um Strom in Grundstoffen wie Methan und Wasserstoff zu speichern und damit die Versorgungssicherheit in einer Erneuerbare-Energien-Welt zu garantieren.

Trotzdem bleibt die Energiewende für die chemische Industrie eine wirtschaftliche Herausforderung insbesondere durch das Finanzierungssystem und die Risiken bei der Verfügbarkeit.

Das bisherige Finanzierungssystem mit einer stetig steigenden EEG-Umlage bewerten wir kritisch. Bislang wird die Energiewende weitgehend mit dem Ausbau erneuerbarer Energien gleichgesetzt und die Kosten werden fast ausschließlich über den Strom finanziert. Das regelt das Erneuerbare Energien-Gesetz, das EEG.

Die chemische Industrie in Deutschland zahlt derzeit immer noch rund 1 Milliarde Euro EEG-Umlage bundesweit im Jahr. Dieser Betrag wird noch steigen, da sich die Umlage weiter erhöhen wird – trotz der Bemühungen der jüngsten EEG-Novellen, die Kosten zu dämpfen und das System marktwirtschaftlicher zu machen. Vor allem kleine und mittlere Stromverbraucher – und dazu gehören rund 90 Prozent der deutschen Chemie-Unternehmen – ächzen unter der zunehmenden Kostenbelastung.

Wichtig in diesem Zusammenhang: In Baden-Württemberg sind weniger als zwei Handvoll Unternehmen aus unserem Bereich von der EEG-Umlage befreit. Die weit überwiegende Mehrheit zahlt voll! Die Strompreise in Deutschland sind einfach nicht mehr wettbewerbsfähig.

Dadurch kommt es in energieintensiven Branchen zu einer Verzerrung des internationalen Wettbewerbs. Diese tut uns, aber letztendlich der Wirtschaft in Baden-Württemberg, weh. Denn leider hat sich der Slogan „Die Sonne schickt keine Rechnung“ nicht bewahrheitet. Im Gegenteil. Auch 2017 steigt die EEG-Umlage wieder an. Eventuelle Einsparungen durch sinkende Börsenstrompreise werden dadurch erneut aufgehoben.

Steigende Kosten drohen zudem aus weiteren Richtungen wie Netzausbau, Maßnahmen zur Sicherung der Kapazitäten oder auch Kosten für Speichermaßnahmen.

Zusammengefasst: Wir wollen auch weiterhin unseren Beitrag zu einer zukunftsfähigen Energieversorgung leisten. Dazu brauchen wir aber wettbewerbsfähige Energiepreise. Wichtige Infrastrukturprojekte sind stets eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dies trifft somit auch auf die Energiewende zu. Im heutigen Umlagesystem müssen Stromverbraucher die Kosten für den Ausbau der erneuerbaren Energien bezahlen.

Wir brauchen daher eine alternative Finanzierung für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe gerecht wird. Die Politik sollte daher eine alternative Finanzierung für das EEG prüfen. Hier hoffen wir auch auf die Unterstützung durch die Landespolitik. Denn eines ist klar: Die chemische Industrie braucht eine ebenso bezahlbare wie sichere Energieversorgung!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.